Warmbrunner Nachrichten

Unparteiische Tageszeitung für das Riesengebirge.

Erscheint täglich mit Ausnahme der Tage nach Sonn- und Feiertagen. — Bezugspreis: Wöchentlich 35 Pfg., monatlich 1,40 Mk., durch die Post 1,40 Mk. — Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streik haben die Bezieher kein Anrecht auf Nachlieferung.

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Petitzeile 15 Pfg., für auswärtige Inserenten 25 Pfg., die 3-gespaltene Reklame-Zeile 75 Pfg. bezw. 1 — Mk., tabellarischer Satz bis 100 Prozent Zuschlag. Etwaiger Rabatt wird hinfällig, wenn der Betrag nicht innerhalb 3 Tagen nach Rechnungserhalt bezahlt ist, ebenso erlischt derselbe bei Konkurs od. gerichtl. Beitreibung

Schriftleitung: Paul Fleischer, Druck und Verlag: Paul Fleischer, Bad Warmbrunn, Voigtsdorfer Straße 3. — Fernsprecher 115. — Postscheckkonto: Nr. 6746 Breslau

Nummer 284. Freitag, den 4. Dezember 1925. 44. Jahrgang

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* In London fand zwischen Luther, Stresemann, Chamberlain, Briand und Vandervelde eine anderhalbstündige Besprechung über Räumungs- und Besatzungsfragen statt.

Die Unterstützungssätze für Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge sollen vom 15. Dezember ab um 30% erhöht werden.

* Der Preußische Landtag nahm zahlreiche Abstimmungen, u. a. über die Barmat-Angelegenheit, vor.

* In Paris werden am 4. Dezember Verhandlungen beginnen, um der deutschen Luftfahrt Erleichterungen zu verschaffen.

Beratungen über die Rückwirkung

Der optimistische Briand.

Nach der Unterzeichnung des Locarnopaktes gab das englische Königspaar im Buckinghampalast einen Tee, an dem etwa 30 Personen teilnahmen. Der König und die Königin nahmen den Tee nicht gemeinsam mit ihren Gästen ein; der König empfing jedoch alle Delegierten in seinem Arbeitszimmer. Dr. Luther und Dr. Stresemann verließen mit den letzten Gästen den Buckinghampalast.

Viel beachtet in politischen Kreisen werden die Besprechungen, die im Auswärtigen Amt zwischen Chamberlain, Briand, Dr. Luther, Dr. Stresemann und Vandervelde stattgefunden haben. Reuter berichtet, Briand habe nach den Besprechungen erklärt, daß verschiedene Fragen erörtert worden seien, darunter die Räumung des besetzten deutschen Gebietes, die Neuordnung im Rheinland und die Vertretung des Reichs in der Rheinlandkommission, aber es sei keine Entscheidung gefällt worden. Sämtliche Fragen seien im Geiste von Locarno erörtert worden. Briand habe hinzugefügt, die Frage der Abrüstung sei sehr verwickelt, aber auch in dieser Beziehung habe er sich optimistisch geäußert. Nach Mitteilung englischer Blätter soll Vandervelde zugesagt haben, die belgischen Besatzungstruppen auf zwei Drittel zu verringern. Briand und Chamberlain sollen übereingekommen sein, daß der von französischer Seite demnächst in Genf vorzulegende allgemeine Abrüstungsplan für alle Streitkräfte, Marine, Heer und Luftflotte, viel weiter geht als die Richtlinien, die der englische Landesverteidigungsrat für Lord Robert Cecil, der England in Genf in Abrüstungsfragen vertreten wird, ausgearbeitet hatte.

*

Die Pariser Luftfahrtverhandlungen.

Die nächste Folge der Londoner Besprechungen werden Verhandlungen über die Behinderungen der deutschen Luftfahrt sein, die in der Freiheit des Verkehrs und in ihren Baumöglichkeiten bisher sehr eingeschränkt ist. Die Verhandlungen sollen am 4. Dezembek in Paris beginnen. Von deutscher Seite wird dazu eine Delegation entsandt werden, die unter der Leitung des Geheimrats Professor Dr. Nord vom Auswärtigen Amt steht Sachverständige der Luftfahrtabteilung des Reichsverkehrsministeriums werden ihn begleiten.

Abbau der Militärkontrolle.

Die Distriktskommissionen der Interalliierten Militärkontrollkommission in Breslau, Frankfurt a. M. und Hamburg sind am 1. Dezember aufgelöst worden. Im Laufe der Woche werden diese Distriktskommissionen auch in anderen Städten aufgelöst werden gemäß dem Beschluß der Botschafterkonferenz, daß das Mandat der Militärkommission zu Ende ist.

Solingen wird nach den neuesten Meldungen am 13. Januar 1926 von der englischen Besatzung geräumt sein.

Die deutsche Delegation tritt am Donnerstag die Rückfahrt aus London an und wird am Freitag wieder in Berlin eintreffen.

Abstimmungen über die Barmat-Angelegenheit.

(102. Sitzung.) tt. Berlin, 2. Dezember.

Nach Ablehnung eines kommunistischen Antrages, der sich mit der Auseinandersetzung mit den Hohenzollern beschäftigt, wird im Preußischen Landtag die allgemeine Aussprache zum

Haushalt der Finanzverwaltung

fortgesetzt.

Abg. Goll (Dem.) stellt fest, daß auch die neuen Bestimmungen des Finanzausgleichs die Gemeinden schwer getroffen hätten. In der Frage der Hauszinssteuer müßten die Städte eine Entlastung erfahren.

Abg. Müller-Franken (Wirtsch. Vgg.) mißbilligt die Bewilligungsfreudigkeit des Landtags, ohne an die Deckung des 200-Millionen-Fehlbetrages zu denken. Der Redner wendet sich weiter dagegen, daß der Staat der Privatwirtschaft immer mehr Konkurrenz macht.

Abg. Dr. v. Breymer (Völk.) bezeichnet die Hauszinssteuer als die ungerechteste Steuer, die wir haben. Deshalb lehne seine Partei den Etat ab, da er sich auf der Hauszinssteuer aufbaue. Die Beratungen werden unterbrochen zur

Vornahme von Abstimmungen.

Zuerst stehen die Abstimmungen zu der Barmat-Angelegenheit zur Erledigung.

Die kommunistischen Anträge gegen die Feststellungen des Untersuchungsausschusses werden abgelehnt. Angenommen werden die Vorschläge des Ausschusses, für die grundsätzlich auch die Rechte stimmt. Auch der Teil des Ausschußantrages findet Annahme, der besagt:

> Was die Beziehungen von im öffentlichen Leben stehenden Persönlichkeiten zu Barmat betrifft, so hat die Beweiserhebung nicht ergeben, daß bei Gewährung der Staatsbankkredite an die hier behandelten Konzerne im politischen Leben stehende Personen sich direkte oder indirekte Vorteile verschafft haben.

Der Antrag der Deutschnationalen, die Worte „oder indirekte" zu streichen, wird abgelehnt. Ein deutschnationaler Antrag, der feststellen will, daß Abg. Heilmann die ihm als Parlamentarier gezogenen Grenzen Barmat gegenüber überschritten hat, wird abgelehnt. Angenommen dagegen wurde die Ausschußfassung, die feststellt, daß Heilmann im Falle Barmat unvorsichtig gehandelt habe.

Im Anschluß daran wurde der Etat der Seehandlung selbst angenommen und dazu eine große Reihe von Anträgen. Annahme fand gleichfalls der Haushalt des Finanzministeriums, soweit er noch nicht erledigt war.

Bei den restlichen Abstimmungen für die zweite Beratung des Haushalts der Handels- und Gewerbeverwaltung fand die Entschließung des Haptausschusses Annahme, im Haushaltsplan für 1926 die zur Förderung der Hausindustrie bestimmten Mittel angemessen zu erhöhen.

Die Abstimmungen zum Haushalt des Innenministeriums erbrachten die Annahme mehrerer Entschließungen des Beamtenausschusses, die sich auf Änderungen von Amtsbezeichnungen beziehen.

Beim Haushalt der Landwirtschaftlichen Verwaltung fand der Ausschußantrag Annahme, die im Etat für die Förderung der inneren Kolonisation vorgesehenen 11¼ Millionen auf 15 Millionen zu erhöhen. Beschlossen wurde auch die Einfügung eines neuen Titels in Höhe von 6 Millionen Mark für die Förderung landwirtschaftlicher Ansiedlung von Optanten.

Nach Beendigung der Abstimmung setzte das Haus die Beratung über den Haushalt der Finanzverwaltung fort.

Abg. Meyer-Solingen (Soz.) meinte, daß unter dem Steuerdruck am meisten die Arbeitnehmer zu leiden hätten.

Finanzminister Höpker-Aschoff

teilte mit, daß der Staat im Besitz von 80% der Anteile der Siemens-Elektrizitäts-A.-G. sei. Die Provinzen könnten in diesem Jahre mit einem Aufkommen von 50 Millionen aus der Kraftfahrzeugsteuer rechnen. Das preußische Finanzministerium sei nicht bereit, an den Intendanten von Schillings noch für vier Jahre Gehalt zu zahlen. Der preußische Staat werde vielleicht in absehbarer Zeit eine Auslandsanleihe aufnehmen.

Abg. von Rehr (Dtn.) stellte fest, daß viele Betriebe aus ihrer Substanz Steuern zahlen müssen.

Abg. Dr. Heß (Ztr.) meint, daß für einen Unit[illegible] im Landtag sich keine Mehrheit finden werde.

Durchführung der Aufwertungsgesetze

Eine Verordnung im Reichsgesetzblatt.

In der am Freitag, den 4. Dezember d. Js., erscheinenden Nummer des Reichsgesetzblattes wird die Verordnung zur Durchführung des Aufwertungsgesetzes zur Veröffentlichung gelangen. Sie enthält einmal die noch ausstehenden Durchführungsvorschriften zum Aufwertungsgesetz. Es handelt sich dabei um die Durchführung der Aufwertung von Industrieobligationen, von Pfandbriefen und Lebensversicherungsansprüchen sowie um die Vorschriften zur Erleichterung des Grundbuchverkehrs, über den Ausgleich von Ansprüchen und Gegenansprüchen zwischen denselben Parteien, über die Zulässigkeit und Anrechnung von Sachleistungen sowie über den Abzug eines angemessenen Zwischenzinses bei vorzeitiger Zahlung. Außer diesen neuerlassenen Bestimmungen sind die Vorschriften der bisher ergangenen Durchführungsverordnungen zum Aufwertungsgesetz, nämlich die Vorschriften über die Einrichtung und das Verfahren der Aufwertungsstellen, über die Anmeldung von Rechten aus aufgewerteten Industrieobligationen und über die Eintragung der Aufwertung in Goldmark in die Verordnung aufgenommen.

Die Durchführungsverordnung faßt somit die gesamten Durchführungsvorschriften zusammen und bildet einstweilen einen Abschluß der gesetzgeberischen Arbeiten auf dem Gebiete des Aufwertungsrechts. Vorbehalten bleibt nur die Regelung einiger Sonderfragen, wie die Aufwertung von Ansprüchen aus Sachversicherungen und von Guthaben bei Fabrik- oder Werksparkassen sowie von Ansprüchen an Betriebspensionskassen. Für Pfandbriefe und verwandte Schuldverschreibungen, die bei Banken zur Einlösung eingereicht waren, sind Anmeldefristen eingeführt. Diese Regelung entspricht den bereits für Industrieobligationen getroffenen Bestimmungen mit der Maßgabe, daß die Fristen, da sie erst jetzt zu laufen beginnen, entsprechend später, frühestens am 30. April 1926, zum Ablauf gelangen.

Staat und Fürstenbesitz.

Von rechtskundiger Seite wird uns geschrieben:

Wenige Tage nach der Umwälzung von 1918 haben die damaligen preußischen Volksbeauftragten das im königlichen Besitz befindliche Staatseigentum und den gesamten Privatbesitz des Hauses Hohenzollern beschlagnahmt, um die Werte für die Auseinandersetzungen mit dem deutschen Kaiserhaus gegen jeden Zugriff abzusperren. Das ist freilich bei den darauffolgenden revolutionären Wirren keineswegs ganz gelungen. Man ist dann an die Feststellung gegangen, was nun an den beschlagnahmten Werten Privateigentum des Hohenzollernhauses und was Staatsbesitz ist, eine Feststellung, die ungeheuer schwierig ist. Gegen die Beschlagnahme haben bekanntlich mehrere Mitglieder des Hohenzollernhauses den Gerichtsweg beschritten, während der frühere König von Preußen sich damit begnügte, mit den verschiedenen Regierungen in Auseinandersetzungsverhandlungen zu treten. Diese Verhandlungen haben ein sehr wechselvolles Schicksal gehabt, und zu einer Einigung war es bisher noch nicht gekommen; ein von dem übrigens sozialdemokratischen preußischen Finanzminister Dr. Südekum hergestellter Entwurf kam nicht einmal zur Vorlage an den Landtag. Die zahlreichen Prozesse, die namentlich der Prinz Friedrich Leopold gegen den Preußischen Staat führte, endeten sämtlich zuungunsten des Staates, was diesem bisher allein schon 1 700 000 Mark Gerichtskosten verursachte. Ebenso ging für den Staat ein Prozeß um das Krongut Krojanke verloren. Das Reichsgericht stellte sich im Hinblick auf die Reichsverfassung auf den Standpunkt, daß die Mitglieder des ehemaligen königlichen Hauses genau so den Schutz ihres Privateigentums genießen müssen wie jeder andere Staatsbürger, daß namentlich eine entschädigungslose Enteignung gegen die Reichsverfassung verstoße.

Nun ist, und zwar schon von dem früheren preußischen Finanzminister Dr. Richter, ein neuer Abfindungsvorschlag ausgearbeitet worden, da Preußen bei weiteren Prozessen zweifellos noch viel schlechter abschneiden würde. Der Vergleichsvorschlag hat jetzt die Zustimmung der Vertretung des Hauses Hohenzollern gefunden und sollte dem Landtag vorgelegt werden, ist dann aber wieder zurückgestellt worden, weil auf Grund eines demokratischen Antrages der Reichstag sich mit der ganzen Sache beschäftigen soll; denn auch in anderen Staaten ist ja der Streit mit ihren früheren Staatsoberhäuptern noch völlig in der Schwebe. Nach dem Entwurf des preußischen Finanzministeriums soll von dem Familienbesitz des Hohenzollernhauses der Preußische Staat 111 840 Morgen Forst und Land erhalten, während der Rest von 289 000 Morgen dem Königshause verbleibt. Des weiteren besteht der Familienbesitz aus ungefähr 100 Millionen Mark in mobilen Werten (Kunstwerte in Museen, Schlösser mit Einrichtung, Theaterfundus usw.) und in der Kronfideikommißrente. Zur Ablösung dieser 100 Millionen soll das Hohenzollernhaus eine einmalige Entschädigung von 30 Millionen erhalten. Bei der Regelung sind auch die Kosten der Hofhaltung mit 20 Millionen berechnet worden, die jetzt wegfallen. An Gütern soll an das Hohenzollernhaus, wie bekannt, eine Anzahl Schlösser fallen. Der Grundbesitz, der durch den Vergleich dem Hohenzollernhaus zugesprochen wird, hat auf Grund des Wehrbeitrags von 1913 einen Wert von rund 42 Millionen.

Nun hat die demokratische Fraktion des Reichstages in der Frage der Abfindung der ehemaligen Fürstenhäuser einen Antrag eingebracht, der u. a. auch eine entschädigungslose Enteignung der fürstlichen Besitzungen vorsieht, im allgemeinen aber überhaupt die Höhe der Abfindung in die Hände der Staaten allein legt. Es ist fraglich, ob dieser Antrag im Reichstag eine Mehrheit findet, weil sich auch das Zentrum bisher immer dagegen gesträubt hat; auch die nötige Zweidrittelmehrheit dürfte jedenfalls zweifelhaft sein. Bei der Sozialdemokratie beschäftigt man sich daher mit dem Plane, die ganze Sache durch einen Volksentscheid zu erledigen, dem vielleicht der demokratische Entwurf zugrunde gelegt würde. Jedenfalls hat das zunächst zur Folge gehabt, daß der preußische Entwurf zurückgezogen worden ist, wodurch, wie man annimmt, die Bahn für die Fortsetzung der Prozesse wieder freigegeben ist.

Ein deutscher Gelehrter in Todesgefahr.

Wegen Erschießung eines Afghanen.

Im Auswärtigen Amt in Berlin ist eine Depesche des deutschen Geschäftsträgers in Kabul, der Hauptstadt von Afghanistan, eingetroffen, aus der sich die schwersten Besorgnisse für das Schicksal des dort weilenden deutschen Gelehrten Statil Sauer ergeben. Sauer ist am 17. November in der Nähe von Kabul von einem Afghanen angegriffen worden, der auf ihn schoß. Sauer antwortete in offenbarer Notwehr mit einem Revolverschuß, durch den der Angreifer zunächst verwundet wurde. Der Afghane ist nun am 30. November gestorben. Es wurde darauf gegen Sauer Anklage erhoben und vom Vorsitzenden des afghanischen Gerichtshofes, der über den Fall entscheiden sollte, hörte man, daß Sauer nach den afghanischen Gesetzen, die von Ausländern gegen Inländer begangene Vergehen sehr hart bestrafen, unvermeidbar zum Tode verurteilt werden würde. Daraufhin ist Sauer sofort im Automobil in der Richtung gegen die indische Grenze geflohen, die etwa zwei Tagereisen entfernt ist. Das jetzt in Berlin eingetroffene Telegramm besagt nun, daß Sauer auf der Flucht gestellt und nach seiner Verhaftung ins Polizeigefängnis nach Kabul gebracht wurde. Der deutsche Geschäftsträger hat den afghanischen Außenminister bereits auf die verhängnisvollen Folgen hingewiesen, die die Hinrichtung eines deutschen Gelehrten nach sich ziehen müßte.

Deutscher Reichstag.

(129. Sitzung.) CB. Berlin, 2. Dezember.

Nachdem sämtliche Anträge über die Lohnsteuer dem Steuerausschuß überwiesen waren und Abg. Henning (Völk.) die gegen ihn vom Abg. Wirth (Ztr.) gerichteten Vorwürfe einer Mitverantwortlichkeit am Rathenau-Morde zurückgewiesen hatte, setzte der Reichstag die

zweite Beratung des deutsch-italienischen Handelsvertrages

fort.

Abg. **Erkelenz** (Dem.) stimmte trotz Kritik in Einzelheiten dem Handelsvertrage im ganzen zu, sprach aber die Erwartung aus, daß Italien seine jetzige deutschfeindliche Handelspolitik aufgeben werde.

Abg. **Rauch** (Bayer. Vp.) stimmte dem Vertrage zu, lehnte aber die materielle Verantwortung für den Inhalt ab und ersuchte die Regierung, künftig beim Abschluß solcher Verträge den Reichstag nicht wieder vor vollendete Tatsachen zu stellen.

Abg. **Graf Reventlow** (Völk.) erklärte, daß seine Freunde gute politische Beziehungen zwischen Deutschland und Italien wünschten; aber das brutale, rohe und kulturwidrige Vorgehen Italiens gegen das Denkmal Walters von der Vogelweide in Bozen sei nicht geeignet, das gute Einvernehmen zu sichern. Seine Partei lehne den Vertrag ab.

Abg. **Freiherr von Freytagh-Loringhoven** (Dtn.) meinte, der Außenminister hätte darauf verwiesen, daß Deutschland im Völkerbund für die nationalen Minderheiten sorgen werde. Seine Freunde bäten um Auskunft, wie das geschehen solle.

Abg. **Dr. Hilferding** (Soz.) erklärte es als unmöglich, der Regierung eine gebundene Marschroute für die Handelsverträge zu geben.

Abg. **Dr. Lejeune-Jung** (Dtn.) verlangte schleunigste Maßnahmen gegen das Valutadumping des Auslandes und gegen das Dumping, das von der englischen Regierung mit der Subventionierung der englischen Steinkohle getrieben werde.

Ministerialdirektor **Dr. Ritter** antwortete auf eine Anfrage, die jetzige Regierung werde den Vertrag mit Spanien nicht abschließen, die Verhandlungen wären auch noch nicht soweit gediehen.

Der deutsch-italienische Handelsvertrag wurde darauf in einfacher Abstimmung in zweiter und sofort auch in dritter Beratung endgültig gegen die Kommunisten, Völkischen und einen Teil der Deutschnationalen angenommen.

Angenommen wurde dann eine Entschließung des Ausschusses, worin die Regierung um Vorlage einer Denkschrift ersucht wird, woraus ersichtlich ist, durch welche Maßnahmen andere Staaten sich gegen Dumpinggefahr, besonders gegen Valutadumping, zu schützen versuchen. Der deutschnationale Antrag auf Vorlage eines Schutzgesetzes gegen Dumpinggefahr wurde abgelehnt. Eine weitere Ausschußentschließung wurde angenommen, worin eine Übersicht gefordert wird, wie gegenüber der Ausfuhrentwicklung die Einfuhr unter den Wirkungen des Valutadumpings gestiegen ist.

Das deutsch-italienische Abkommen über Maßnahmen zur Vermeidung von Doppelbesteuerung wurde ohne Aussprache angenommen. Nach unwesentlicher Debatte stimmte dann das Haus in zweiter und dritter Lesung auch dem vorläufigen Zollabkommen mit der Schweiz und ohne Aussprache den Zollabkommen mit Österreich zu.

Nun folgte die erste Beratung des von den Demokraten eingebrachten Gesetzentwurfes über

die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den früher regierenden Fürstenhäusern

und über den von den Kommunisten beantragten Gesetzentwurf über entschädigungslose Enteignung der früheren Fürstenhäuser.

Abg. **Dietrich-Baden** (Dem.) betonte, daß seine Freunde gern zu Änderungen ihres Entwurfes im Ausschusse bereit seien. Die vermögensrechtliche Auseinandersetzung mit den Fürsten vor den Gerichten habe zu ganz unhaltbaren Zuständen geführt.

zuständen geführt. Solche Auseinandersetzungen könne man unmöglich den Gerichten überlassen, denn es handelt sich überhaupt nicht um privatrechtliche, sondern um staatsrechtliche Fragen. Seine Freunde wollten mit ihrem Gesetzentwurf einen Rechtsweg ausschließen bezüglich der grundsätzlichen Frage der Höhe der Entschädigung.

Abg. **Neubauer** (Komm.) führte in Begründung des kommunistischen Antrages aus, daß insgesamt den früheren deutschen Fürsten 2½—3 Milliarden zugesprochen worden seien. Die Kriegsbeschädigten und die Erwerbslosen hätte man dagegen mit Bettelpfennigen abgespeist. Als der Redner ausführte, das Vermögen der meisten Fürsten sei durch Raub, Diebstahl und Gaunerei zustande gekommen, erklärte Vizepräsident Gräf-Thüringen, die Geschäftsordnung gäbe ihm allerdings nicht die Handhabe zu einem Ordnungsruf wegen diesen Äußerungen, er müsse aber den Redner ersuchen, nicht weiter die Gefühle eines großen Teiles der Mitglieder des Hauses in solcher Weise zu verletzen. (Unruhe links.) Der Abg. Neubauer richtete dann weiter Angriffe gegen die Sozialdemokratie, deren Vertreter nach der Revolution den unberechtigten Ansprüchen der Fürsten viel zu weit entgegengekommen seien.

Der Abg. **Scheidemann** (Soz.) wies darauf hin, daß nach allen Berichten das Elend überall im Steigen sei. Dieses in Not und Elend versinkende deutsche Volk solle nun, so meinte der Redner, viele Hunderte von Millionen jenen Fürsten zahlen, die die Hauptschuld an dem jetzigen Elend des deutschen Volkes tragen. Die Fürsten hätten offenbar kein Verständnis für die milde Art, mit der das Volk bei der Revolution mit ihnen umgegangen sei. Sonst hätten beispielsweise die Hohenzollern nicht weniger als 5.7 Millionen jährlich fordern können, ein Betrag, mit dem 31000 erwerbslose Invaliden erhalten werden können.

Der Abg. **Scheidemann** bat schließlich den Reichstag, im Sinne des demokratischen Antrages sich zu entscheiden, da sonst der Volksentscheid angerufen werden müßte, wobei sich fast das ganze Volk hinter den Antrag stellen dürfte. Den kommunistischen Antrag lehnte er ab, da er rein agitatorischen Zwecken diene.

Abg. **von Lindeiner-Wildau** (Dtn.) hält im Gegensatz zu dem Vorredner die Frage lediglich für eine Rechtsfrage. Er meinte, die Deutsche Republik werde nicht leugnen können, daß ihre Vorfahren und ihre Vergangenheit monarchisch seien. Man könnte also leicht das Wort anwenden vom Vogel, der sein eigenes Nest beschmutze. Die Deutschnationalen verlangten nichts weiter, als daß die Mitglieder der ehemaligen Fürstenhäuser als gleichberechtigte Staatsbürger behandelt werden. Der demokratische und vor allem der kommunistische Antrag verstoße gegen die Verfassung.

Darauf wurde die Beratung abgebrochen und das Haus vertagte sich auf Donnerstag.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Tagung des Auswärtigen Ausschusses.

Der Auswärtige Ausschuß des Reichstags beschäftigte sich mit dem vorläufigen Zollabkommen zwischen dem Deutschen Reiche und der Schweiz vom 6. November 1925 sowie mit dem Übereinkommen vom 3. Oktober 1925 zwischen dem Deutschen Reich und der Republik Österreich zur Regelung einzelner Zollfragen. Beide Zollabkommen wurden vom Auswärtigen Ausschuß nach Kenntnisnahme an den Handelspolitischen Ausschuß des Reichstags zur eigenen Stellungnahme weitergeleitet. Die politische Aussprache über den als dritter Punkt auf der Tagesordnung stehenden Gesetzentwurf über die deutsch-russischen Verträge vom 12. Oktober 1925 wurde mit Rücksicht auf die Abwesenheit des Reichskanzlers und der zuständigen Ressortminister bis auf weiteres ausgesetzt. Zu dem Thema der deutsch-russischen Verträge wurden lediglich einige Petitionen behandelt.

Die Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung.

Der Reichstagsausschuß für soziale Angelegenheiten behandelte verschiedene Anträge wegen einer Erhöhung der Sätze der Erwerbslosenfürsorge. Es wurde ein Zentrumsantrag angenommen, demzufolge die Unterstützungssätze der Hauptunterstützungsempfänger der Erwerbslosenfürsorge ab 15. Dezember 1925 um 30 % erhöht werden sollen.

Die große Aktenpublikation der Reichsregierung.

Wie amtlich mitgeteilt wird, steht die Drucklegung einer neuen Bänderreihe der großen Aktenpublikation der deutschen Reichsregierung „Die Große Politik der Europäischen Kabinette 1874 bis 1914" dicht vor der Beendigung. Die neuen Bände umfassen das Dokumentenmaterial des Auswärtigen Amtes aus den Jahren 1908 bis 1911 und führen den Titel „Weltpolitische Komplikationen". Mit der jetzt erscheinenden Gruppe tritt das große deutsche Aktenwerk nunmehr unmittelbar in die enge Vorgeschichte des Weltkrieges ein.

Der bayerische Staatshaushalt.

Nach der im Bayerischen Landtag eingebrachten Vorlage schließt der ordentliche Etat für 1926 in Ausgaben mit rund 665 Millionen, in Einnahmen mit rund 632 Millionen ab. Der außerordentliche Staatshaushalt balanciert mit rund 8,6 Millionen Mark. Im ordentlichen Haushalt ergibt sich somit ein Fehlbetrag von rund 32,4 Millionen Mark, zu dessen Deckung eine Möglichkeit nicht gegeben ist. Für den nicht durch anderweite Mittel (Heranziehung der Überschüsse der vorangegangenen Jahre usw.) gedeckten Bedarf wird die Ermächtigung zur Anleiheaufnahme vorgesehen. Die deutsch-volksparteilichen Abgeordneten Burger und Gollwitzer gaben eine Erklärung ab, in der sie betonen, daß der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Buttmann die Morddrohung des Abg. Wagner gegen Stresemann nach langer, kalter und ruhiger Überlegung unterstrichen und sich damit für die Deutsche Volkspartei bewußt außerhalb des Kreises der anständigen Kollegen des Bayerischen Landtages gestellt habe.

Italien.

× **Der Prozeß Matteotti.** Der Untersuchungsrichter hat im Prozeß Matteotti einen Entscheid gefällt, demzufolge Dumini, Volpi, Viola, Poveromo und Malacria als Täter oder Helfershelfer bei der Ermordung des sozialistischen Abgordneten Matteotti von dem Schwurgericht in Rom abgeurteilt werden sollen. Gegen alle anderen Angeklagten wird das Verfahren eingestellt. Sie sind bereits in Freiheit gesetzt worden, darunter auch der frühere Pressechef Cesare Rossi, der frühere Geschäftsführer der Faschistischen Partei, Giovanni Marinelli, der Journalist Filipelli und der österreichische Staatsangehörige Thierschald. Der Journalist Naldi, gegen den das Verfahren ebenfalls eingestellt ist, befindet sich bereits seit längerer Zeit in Freiheit.

Polen.

× **Währungskatastrophe in Polen.** Der unerhörte stürmische Rückgang des Zloty veranlaßte die radikale Bauernpartei Wyzwolenic, in einem Schreiben an den Sejmpräsidenten die sofortige Einberufung des Landtages zu verlangen, um die Regierung zu bestimmen, über die valutarische Lage Bericht zu erstatten. Die gegenwärtige Lage, so heißt es in diesem Schreiben, nehme katastrophale Formen an. Der Dollar sei auf 12 Zloty gestiegen und die Panik steigere sich von Stunde zu Stunde, ohne daß von maßgebender Seite auch nur die Ankündigung einer Abhilfe erfolgt wäre. Es dürfte keine Stunde länger gezögert werden, um den gegenwärtigen katastrophalen Verhältnissen zu steuern.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Der Parteivorstand der S. P. D. hat den Parteiausschuß zur Beratung der politischen Lage und zur Erörterung der Abfindungsforderungen ehemaliger Fürstenhäuser zum kommenden Dienstag nach Berlin einberufen.

Dresden. Der Sächsische Landtag hat einen deutschnationalen Antrag auf Verminderung der Zahl der Landtagsabgeordneten auf 48 entsprechend dem Vorschlag des Rechtsausschusses abgelehnt.

London. Im Unterhaus wurde der Antrag Macdonalds, der die Maßnahmen der Regierung hinsichtlich der gerichtlichen Verfolgung der Kommunisten mißbilligt, mit 351 gegen 127 Stimmen abgelehnt. Eine Anzahl Liberaler enthielt sich der Stimme.

Madrid. Der König ermächtigte Primo de Rivera zur Neubildung der Regierung, überließ ihm aber die Wahl des Zeitpunktes.

Berlin. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst feststellt, entbehrt die durch die Presse gegangene Nachricht, daß die Einstellung des Verfahrens gegen Barmat und Genossen bevorstehe, jeder Begründung.

Mißtrauensvotum gegen den neuen Memeler Landespräsidenten.

Memel. Der Memelländische Landtag sprach dem neuernannten Landespräsidenten Juosupaitis mit allen gegen die beiden Stimmen der Litauer ein Mißtrauensvotum aus.

Das Ergebnis der italienischen Volkszeichnung.

Rom. Mussolini hatte in der Kammer das italienische Volk dazu aufgefordert, zur Tilgung eines Teils der italienischen Schuld an Amerika eine Million Dollar vor dem 1. Dezember zu zeichnen. Aus den ersten von der Regierung empfangenen Nachrichten ergibt sich, daß die freiwillige Zeichnung über 80 Millionen Lire eingebracht habe, also eine fast viermal größere Summe als diejenige, um die Mussolini ersucht hatte.

Umwandlung der dänischen Militärmacht.

Kopenhagen. Der Verteidigungsminister hat heute im Folkething eine Gesetzesvorlage eingebracht über die Umwandlung des Heeres und der Marine in Wachkorps und Staatsmarine, die der Wahrnehmung der Neutralität und den aus der Zugehörigkeit zum Völkerbund erwachsenden Aufgaben dienen sollen.

Gefangenenaufstand in einem hinterindischen Gefängnis.

Rangoon. Im Gefängnis von Pyapun meuterten die Gefangenen und griffen die Wärter an. Fünf Gefangene und vier Wärter wurden getötet, zwanzig Gefangene und vier Wärter verwundet.

Lokales und Provinzielles.

Merkblatt für den 4. Dezember.

Sonnenaufgang	7[54]	Mondaufgang	7[22] N.
Sonnenuntergang	3[46]	Monduntergang	11[6] V.

1870 Einnahme von Orleans.

☐ **Vorsicht beim Betreten von Eisflächen!** Die Frostzeit gibt Veranlassung, vor dem Betreten von Eisflächen, insbesondere soweit es sich um öffentliche Wasserläufe handelt, zu

---

Lerne leiden...

ROMAN VON H. COURTHS-MAHLER

87] (Nachdruck verboten.)

Nun war ihr so leicht und froh zumute. Wie spät war es denn? Zwei Uhr gleich — da mußte ja Ernst gleich zu Tisch nach Hause kommen. Aber wie es ihm unbemerkt sagen? Des Hausputzes wegen mußten sie einige Tage auf die gemeinsamen Spaziergänge verzichten. So war ihr diese Gelegenheit, ihre Bitte unbemerkt von den anderen vorzubringen, abgeschnitten. Nun — es mußte auch so gehen. Wenn es keine andere Möglichkeit gab, würde sie unten im Hausflur warten, bis er wieder in sein Bureau ging. Dann konnte sie es ihm sagen. —

Sie wurde nun ruhiger, ein froher Glanz trat in ihre Augen. Sie ging, um sich zum Mittagessen zurecht zu machen. Draußen hörte sie zu ihrem Schrecken, daß Ernst eine Absage geschickt hatte. Er kam zu Tisch nicht nach Hause. Nun mußte sie bis zum Abend warten. Das machte sie unruhig. Während sie am Nachmittag mit fieberhafter Unruhe arbeitete, lauschte sie immer, ob nicht ein glückliches Ungefähr Ernst nach Hause brachte. Vergeblich. Und sie wurde die unruhigen Gedanken an Bühren nicht los. Wenn es nur nicht zu spät wurde zur Hilfe. — Am liebsten wäre sie fortgelaufen, zu Ernst, aber sie fürchtete Tante Adolphines Schelten. So kam in heimlicher Angst und Unruhe der Abend heran. Onkel Peter war schon da, Georg trat eben ein, nur Ernst fehlte noch. Da berichtete Georg, Ernst habe ihm nach der Fabrik telephoniert, daß er noch notwendig zu tun habe und deshalb zum Abendessen auch nicht nach Hause kommen könne.

Bettina erschrak. Was nun? Sie hatte so fest auf Ernst gerechnet. Nun kam er nicht. Und daß die Nacht nicht verstreichen durfte, ehe Bühren geholfen wurde, das fühlte sie mit Sicherheit. Im Laufe des Tages hatte er vielleicht noch einige Versuche unternommen, das Geld zu erhalten. Wenn es aber vergeblich war, und er saß dann mutlos und verzweifelt allein zu Hause — dann — wenn die Nacht anbrach — dann geschah das Schreckliche. Oh — nie würde sie wieder froh sein können, wenn sie das nicht verhinderte. Sie mußte es tun — um jeden Preis — mußte verhindern, daß Bühren wegen einer leichtsinnigen Stunde als Opfer der in seinem Stand herrschenden Vorurteile sein Leben lassen mußte. Aber wie — wie sollte sie helfen? Hier zu Hause durfte sie nichts davon sagen, man würde sie ausschelten und nicht fortlassen, wenn sie ihr Vorhaben beichtete und Ernst aufsuchen wollte im Bureau. Aber geschehen mußte es — und gleich — sofort nach Tisch, sonst war es zu spät. Sie hatte sich Bührens Adresse notiert und trug schon seit dem Nachmittag die dreitausend Mark in Wertpapieren bei sich, immer hoffend, Ernst würde kommen. Sie vermochte kaum einen Bissen hinunterzubringen und sah sehr blaß aus. Peter Aßmann fragte sie freundlich, ob sie sich nicht wohl fühlte. Da stotterte sie etwas von Kopfweh hervor und bat Tante Adolphine, sich in ihr Zimmer zurückziehen zu dürfen.

Die Erlaubnis wurde ihr erteilt.

„Leg dich lieber gleich zu Bett, daß du morgen wieder frisch bist. Jetzt mitten im Hausputz könnte es mir gerade noch fehlen, daß du krank würdest," sagte Frau Adolphine

Bettina ging in ihr Zimmer. Eine Weile stand sie reglos und sah vor sich hin. Was sollte sie tun? Wenn sie sich jetzt heimlich hinausschlich, um Ernst aufzusuchen. Man würde sie nicht vermissen, sie schlafend glauben. War sie erst draußen, dann war alles gut. Und wenn sie zurückkam und dann gesehen wurde — das war nicht schlimm, dann konnte sie sagen, sie habe ihres Kopfwehs wegen noch einen kurzen Spaziergang gemacht. Nur erst unbemerkt hinaus. — Jetzt kam Leben in ihre Gestalt. Sie setzte schnell ihr schlichtes schwarzes Strohhütchen auf, fühlte in ihre Taschen, ob ihr Schatz noch richtig vorhanden war und öffnete leise die Tür ihres Zimmers. Draußen war alles still. Sie huschte hinaus und schloß zur Sicherheit ihr Zimmer ab, den Schlüssel zu sich steckend.

Nun eilte sie leise über den langen Korridor, glitt die Treppe hinab, durch den stillen Hausflur. Jetzt noch durch die Tür und dann ins Freie. Die Haustür war stets verschlossen, aber jeder Hausbewohner besaß einen Schlüssel dazu. So war es ihr leicht, hinauszukommen und auch vielleicht unbemerkt heimzukehren. Nur schnell jetzt zu Ernst. Es war schon ein Viertel nach acht Uhr.

Voll Unruhe und Sorge um ein gefährdetes Menschenleben legte sie den Weg zurück. Der arme Bühren — wie würde er in Not und Verzweiflung die Stunden verbracht haben — so wie ihr armer Bruder Hans damals. — Oh, Ernst mußte sofort zu ihm eilen und ihm das Geld bringen, und er würde es tun, wenn sie ihn dringend darum bat. Wie lang doch der Weg war — wie lang. — Aber endlich war er doch zurückgelegt; sie stand mit klopfendem Herzen am Ziel — aber was war das? Das Bureau geschlossen — kein Mensch anwesend, der ihr hätte Auskunft geben können, wohin sich Ernst gewandt hatte. Sie lehnte sich mit zitternden Knien an die Tür und starrte vor sich hin. Was nun? Sollte sie unverrichteter Dinge wieder heimkehren, Bühren seinem Schicksal überlassen? Nein — nein — das auf keinen Fall.

Wenn es denn nicht anders ging, wollte sie selbst ihm das Geld bringen. Sie erschrak zuerst vor diesem Gedanken, aber dann sah sie im Geiste Bühren kalt und starr auf seinem Bett liegen — wie ihren Bruder Hans. Der liebenswürdige, lustige Bühren, der seine Armut bisher tapfer getragen hatte und immer so freundlich und gut zu ihr gewesen war. Sie schüttelte sich im namenlosen Grauen. Gott im Himmel — nein, das darf nicht sein. Sie mußte selbst zu ihm. War ein junges blühendes Menschenleben nicht wert, daß man sich einmal über die gesellige Form hinwegsetzte. Und es wurde ja schon dunkel, man würde sie nicht sehen, wenn sie in sein Haus schlüpfte. Und er würde ihr sein Ehrenwort geben, niemand etwas von ihrem Besuch zu verraten. Ach — wozu überhaupt so kleinliche Bedenken — wie ein Verbrechen würde es ihr erscheinen, wollte sie darüber ein Menschenleben zugrunde gehen lassen. Vorwärts also — und schnell, sonst war es doch schließlich zu spät.

(Fortsetzung folgt.)

warnen. Es wird dringend empfohlen, nur solche Flächen zu betreten, die von dem Eigentümer oder Nutznießer oder einem Unternehmer hierfür freigegeben und entsprechend kenntlich gemacht sind. Bei Unglücksfällen empfehlen sich die folgenden bewährten Maßregeln: Vorgehen auf dem Eise in langer Reihe hintereinander in großen Abständen Herankriechen an die Unglücksstelle in langer Kette, bis der Eingebrochene mit einer hingehaltenen Stange, einem hingeworfenen Riemen oder Seil, an deren Stelle auch zusammengeknotete Kleidungsstücke treten können, erreicht werden kann.

— **Der Kaufmännische Verein** wählte in seiner am Montag in der „Flotte" abgehaltenen Sitzung Herrn Kaufmann Paul Rasch wieder zum Vertreter des Kleinhandelsausschusses für die Industrie- und Handelskammer. — Ferner wurde beschlossen, außer den vom Regierungspräsidenten festgesetzten vier Sonntagen, drei Sonntage im Juli, zwei im August und einen im Dezember vorzuschlagen (11. 7., 18. 7., 25. 7., 1. 8., 8. 8. und 5. 12. 1926). — Für den Wintersportverein wurden 5 Mk. bewilligt. — Einige Schreiben betr. unerlaubten Handels mit Waren wurden bekannt gegeben. — Klage wurde geführt über die vielen Störungen im elektrischen Ortsnetz, welche den Gewerbebetrieb erheblich schädigen. Den anwesenden Gemeindevertretern wurde empfohlen, bei der Gemeinde deshalb vorstellig zu werden.

— **Der Stenographenverein „Stolze-Schrey"** hielt am Montag im „Rosengarten" eine Mitgliederversammlung ab, in welcher der Bezirksvorsitzende, Herr Beyer-Hirschberg, einen Vortrag über „Die stenographische Lage" hielt. In demselben legte er dar, daß die Mitglieder unbedingt am System „Stolze-Schrey" festhalten müssen und der Reichskurzschrift auf keinen Fall Konzessionen durch Verbindung mit dieser machen dürfen. Er forderte die Mitglieder des weitreen auf, ihre Ausbildung weiter zu fördern und in der Fertigkeitsübung nicht zu erlahmen. Die Reichsturzschrift käme für tüchtige Stenographen überhaupt nicht in Frage, da sie nicht nur sehr schwer erlernbar sei, sondern auch zum praktischen Schnellschreiben sich nicht eigne, das erhelle schon daraus, daß man brauchbare Reichskurzschriftler schon mit einer 80 Silben-Prüfung als geeignet loslasse, während bei Stolze-Schrey eine Mindestleistung von 150 Silben bei amtlichen Prüfungen verlangt werde. Die Praxis werde bald beweisen, daß die sogen. „Einheitskurzschrift" das bleiben wird, was sie von Anbeginn war, — ein totgeborenes Kind. Daran können amtliche Erlasse und Bestimmungen zur Förderung derselben nichts ändern und verbessern. Es sei wahrhaftig schade um die kostbare Zeit, die man zur Erlernung verschwende. Gesucht werden stets tüchtige Stenographen, und diese können nur aus den beiden bestbewährten Systemen Stolze-Schrey und Gabelsberger hervorgehen, von denen erstere bezüglich der Erlernbarkeit und Leistungsfähigkeit nachweisbar an der Spitze steht. Sämtliche bestehenden stenographischen Systeme Deutschlands haben sich übrigens gegen die zwangsweise Einführung der Reichskurzschrift erklärt. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. — Die Versammlung beschloß hierauf, das Stiftungsfest durch Wettschreiben, Theater, Vorträge und Ball am 6. Februar zu begehen; am 31. Januar soll das Wettschreiben in der evangelischen Schule abgehalten werden. — Die Hauptversammlung wurde auf den 12. Januar festgesetzt. In derselben sollen neue Satzungen vorgelegt werden. — Gewählt wurden zwei Mitglieder zu Kassenrevisoren. — Ein Anfängerkursus soll anfang nächsten Jahres stattfinden.

— **Der Radfahrerklub „Silesia"** hielt am Dienstag abend im Hotel „Silesia" seine Monatsversammlung ab, in welcher zunächst ein neues Mitglied aufgenommen wurde. Einige Eingänge über den demnächst in Schreiberhau abzuhaltenden Schneeschuhkursus sowie über die Jugendpflege wurden bekannt gegeben und entsprechenede Beschlüsse gefaßt. Dem Wintersportverein wurden 6 Mk. zur Anschaffung von Schneeschuhen für Jugendliche bewilligt. — Sodann wurde eine Unfallsache eines Mitgliedes unterbreitet, in welcher aber nichts beschlossen werden konnte, weil das betr. Mitglied schon zum zweitenmal in der Versammlung zwecks Aufklärung fehlte. — Angebote auf Fahrrad- und Lebensversicherung waren eingegangen undd den Mitgliedern anheimgestellt, persönliche Abschlüsse zu tätigen. — Zu dem am Sonntag, den 6. d. Mts. stattfindenden Gautag wurden als Delegierte die Herren Fleischer, Stams und Frl. Richter gewählt. — Als Ortsvertreter für den Bund wurde Herr Fleischer dem Gau in Vorschlag gebracht. — Bekanntgegeben wurde, daß die Bundesbeiträge bis spätestens Ende Februar bezahlt sein müssen, da sonst die Bundeszeitung den Mitgliedern nicht zugestellt werden kann. (Die außerhalb des Klubs hier und in Herischdorf ansäßigen Bundesmitglieder wollen sich in Bundesangelegenheiten an den Ortsvertreter wenden.) — Des weiteren wurde das nächste — 35. — Stiftungsfest besprochen, über dessen Ausgestaltung in der nächsten Monatsversammlung beschlossen werden soll. — Die Versammlung beschloß, am nächstjährigen Bundesfest in Dresden teilzunehmen und eine Reisekasse hierfür zu gründen.

— **Der Turnverein** hielt am gestrigen Mittwoch seine Monatsversammlung ab. Der Vorsitzende, Herr Geppert teilte mit, daß vom Schulverband wieder eine namhafte Unterstützung eingegangen sei. Eigegangen war ein Schreiben, welches zur Teilnahme des Schneeschuhkursus in Schreiberhau einlud. — Die nächste Bezirksvorturnerstunde findet am 6. Dezember in Giersdorf statt. — Der Fußballklub, welcher wieder „platzlos" ist, ersuchte um Benutzung des Turnplatzes. Dieselbe wurde unter gewissen notwendigen Vorbehalten genehmigt. — Eingegangen war eine Denkschrift über die Vorgänge beim Austritt der Deutschen Turnerschaft aus dem Deutschen Reichsausschuß für Leibesübungen, deren Studium den Mitgliedern empfohlen wurde. — Um den Besuch der Versammlungen mehr zu heben, wurde beschlossen, die Einladungen zu denselben auf ein halbes Jahr zunächst mittels Karten ergehen zu lassen. — Die Abrechnung vom letzten Wintervergnügen ergab einen Ueberschuß von 21,10 Mk. — Der Turnwart berichtete dann über die Vorführungen der Groh'schen Musterschule in Hirschberg, die überaus lehrreich und interessant waren. — Nach dem offiziellen Teil der Versammlung wurden noch einige Turnerlieder gesungen.

hy. **Die Niederschlesische Handwerkerzeitung** wird voraussichtlich ab 15. Januar allen Handwerksbetrieben, die ihre Beiträge zur Handwerkskammer Liegnitz entrichten, kostenlos geliefert werden. Der Kammervorstand wird in seiner Dezembersitzung die letzte Entscheidung zur Durchführung dieses von der Vollversammlung beschlossenen Unternehmens treffen.

hy. **Kredithilfe für das schlesische Handwerk.** Aus schlesischen Handwerkerkreisen war mehrfach — wir berichteten bereits hierüber — darauf hingewiesen worden, daß die staatliche Kreditaktion bei der dem niederschlesischen Handwerk reichlich 2 Millionen Goldmark zuflossen, sowohl hinsichtlich ihrer Höhe, als der Bedingungen ihrer Gewährung unzureichend sei. Auf dem Ostdeutschen Handwerkstammertag in Berlin hat die Liegnitzer Handwerkskammer die Kreditwünsche des schlesischen Handwerks vorgebracht, und gelegentlich einer Sitzung des Handwerkskammerausschusses beim Reichswirtschaftsministerium wies der schlesische Vertreter, Kammersyndikus Dr. Paeschke, Breslau, auf die Notwendigkeit größerer staatlicher Unterstützung hin. Allseitig ist anerkannt worden, daß die bisherigen Sonderkredite mit ihren Bedingungen eine Hilfe für das kreditsuchende Handwerk nicht gewesen sind. Die entsprechenden Abänderungsvorschläge wurden eingereicht. Die Regierung hat nun die bisherigen Handwerkskredite um sechs Monate verlängert, nachdem die durch die Reichspost mittelbar zur Verfügung gestellten Kredite den betr. Bankinstituten bereits vor einiger Zeit auf gleiche Zeitdauer verlängert wurden.

— **Eine Liste der Raufbolde.** Den Raufbolden hat der Landrat des Landkreises Breslau energisch den Krieg erklärt. In einer Verordnung vom 17. November verfügt er, daß alle Personen, die offenkundig zu Gewalttätigkeiten neigen, oder die sich bei öffentlichen Tanzlustbarkeiten oder ähnlichen Veranstaltungen nicht friedlich zu verhalten pflegen,, in eine Raufboldliste einzutragen sind, die von der Ortspolizeibehörde geführt wird. Den in dieser schwarzen Liste angekreideten Personen ist der Aufenthalt in Raumen, in denen die oben näher bezeichneten Veranstaltungen stattfinden, verboten. Auch in allen anderen Räumen, die zum Ausschank geistiger Getränke bestimmt sind, dürfen sich die Raufbolde während der Veranstaltung nicht aufhalten. Zuwiderhandlungen drohen ganz empfindliche Strafen.

nl. **Haynau,** 2. Dezember. (Familiendrama.) Im benachbarten Ueberschar schoß der Stellenbesitzer Sch. seinen Vater im Streit durch Arm und Schulter, sodaß dieser ins Krankenhaus eingeliefert werden mußte. Der alte Sch. lag oft im Streit mit seiner Frau, dessen Folgen Tätlichkeiten waren. Hierin dürfte auch die Ursache zu der Tat des Sohnes zu suchen sein.

hy. **Liegnitz,** 2. Dezember. Ein tötlicher Straßenunfall ereignete sich mittags in der Frauenstraße. Der sechsjährige Schüler Georg Aßmann wurde von einem Auto überfahren und starb an den Folgen des Unfalls.

hy. **Reisicht,** 2. Dezember. Größere Unterschlagungen beging der Bahnhofsaufseher Fuhrmann in Bielau. Eine Kassenrevision ergab 2000 Mk. Fehlbetrag. Er hat sich auch sonst noch eine Anzahl Verfehlungen zu schulden kommen lassen.

hy. **Maltsch,** 2. Dezember. (Beim Rangieren zerquetscht.) Auf dem hiesigen Bahnhof geriet im starken Schneetreiben der Rangierer Paul Ruppelt zwischen die Puffer zweier Güterwagen und wurde derart gequetscht, daß der Tod auf der Stelle eintrat.

Aus Böhmen.

nl. **Komotau,** 2. Dezember. (Ein Selbstmörder, der sich gleich das Begräbnisgeld einsteckt.) Ein merkwürdiger Selbstmord hat sich hier ereignet. Am Promenadenwege fand man den 50jährigen Reisenden Fr. Watzke erhängt auf. In den Taschen fand man ein Schreiben an die Gemeinde Udwitz mit 800 Kronen, die der Lebensmüde für ein einfaches Begräbnis aufgewandt haben will.

Aus dem Gerichtssaal.

Schöffengericht-Sitzung.

In überaus frecher und raffinierter Weise schwindelte der wohnungslose Elektromeister Felix Reichelt, zurzeit in Breslau in Untersuchungshaft, dem Oberlokomotivheizer Sch. und seiner Ehefrau von hier 63 Mk. ab, indem er denselben vorgab, er sei Beamter des Wohnungsamtes und könne ihnen bei Beschaffung einer größeren Wohnung behilflich sein. Er fertigte zu diesem angeblichen Zwecke ein Schriftstück aus, für das er sich 3 Mk. Schreibgebühren geben ließ. Der Angekl., der erheblich vorbestraft ist, und von 1920 bis 1925 im Zuchthaus gesessen hat, wird wegen schwerer Urkundenfälschung und Rückfallbetruges unter Einbeziehung einer vom Schöffengericht Waldenburg verhängten Strafe von 1 Jahr 3 Monaten Zuchthaus, zu 2 Jahren Zuchthaus und 300 Mk. Geldstrafe verurteilt.

Während einige Landwirte aus Rabishau auf dem Felde waren, drang der wohnungslose Arbeiter Ernst Dörner, zurzeit hier in Haft, in deren Wohnungen ein. In zwei Fällen drückte er, um in die Wohnungen zu gelangen, die Fensterscheiben ein, in einem Falle öffnete er das Hoftor und gelangte durch die Hintertür ins Haus. Dort stahl er nun die verschiedensten Sachen. Da der Angekl. gewohnheitsmäßiger Verbrecher ist und mehrfach wegen Diebstahls vorbestraft ist, darunter mit Zuchthaus, erkennt das Gericht auf eine Zuchthausstrafe von 2 Jahren und 6 Monaten, sowie 3 Jahre Ehrverlust.

Wegen versuchten Sittlichkeitsverbrechens wird der Musiker Adolf Wehner von hier zu 4 Monaten Gefängnis verurteilt.

Auch der Schneider Karl Ende aus Fischbach, der in Krummhübel an Mädchen unter 14 Jahren unzüchtige Handlungen vorgenommen hatte, wird wegen Sittlichkeitsverbrechens in zwei Fällen zu 8 Monaten Gefängnis verurteilt. 1 Monat Untersuchungshaft wird ihm auf seine Strafe angerechnet.

Der Maurer Richard Letzel aus Erdmannsdorf hatte eine Frau aus Zillertal auf der Straße überfallen und unter Anwendung von Gewalt unzüchtige Handlungen an ihr vorgenommen. Auch hat er sich an seiner noch nicht 14 Jahre alten Tochter sittlich vergangen. Da durch diese Taten die öffentliche Sicherheit der Straße aufs höchste gefährdet wird, und der Angekl. sich auch nicht entblödete, an seinem eigenen Kinde unzüchtige Handlungen vorzunehmen, hält das Gericht eine hohe Strafe für angebracht und verurteilt den Angekl. zu 2 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

Die Schneestürme in Europa.

In Skandinavien, Bosnien.

Durch den furchtbaren Schneesturm, der in den letzten Tagen über den größten Teil Skandinaviens niederging, sind katastrophale Verwüstungen angerichtet worden. Auf vielen Eisenbahnstrecken in Dänemark mußte der Verkehr eingestellt werden, da stellenweise der Schnee bis zu fünf Meter hoch auf den Gleisen lag. Allein in der Stadt Fredericia wurden tausend Telephonleitungen zerstört. Die Telephon- und Telegraphenverbindungen sind nach fast allen Richtungen unterbrochen. Auch an den Starkstromleitungen wurde schwerer Schaden angerichtet, so daß eine Reihe von Städten vollkommen im Dunkeln liegt. Eine ganze Anzahl Schiffe ist gestrandet. Bei Odense wurde ein Boot an Land getrieben, in dem zwei steifgefrorene Leichen junger Männer lagen.

Aus Mittelserbien, Bosnien und Kroatien werden Schneestürme gemeldet, die Verspätungen und Unterbrechungen im Eisenbahnverkehr hervorriefen. Die Umgebung von Bosanska Graditschka ist infolge Hochwassers der Save überflutet. Der in vierzig Dörfern angerichtete Schaden wird auf 15 Millionen Dinar geschätzt.

Aus dem ganzen Gebiet der Provinz Pommern liegen Meldungen über anhaltende Schneefälle bei starkem Frost vor. In Hinterpommern, in Rummelsburg wurden bereits 18 Grad unter Null festgestellt. Im Swinemünder Hafen und im Stettiner Haff ist Eisbildung zu verzeichnen. Jedoch wird die Schiffahrt vorläufig noch nicht behindert.

Paolino schlägt Breitensträter k. o.

Entscheidung erst in der neunten Runde.

Der spanische Schwergewichtsmeister Paolino schlug den deutschen Schwergewichtsmeister Breitensträter im Berliner Sportpalast in der neunten Runde knock out.

*

Ungezählte Tausende folgten mit atemloser Spannung diesem Boxkampf, der durch die wiederholte Verschiebung des ursprünglich angesetzten Termins an Interesse nur noch gewonnen zu haben schien.

Außer den Massen, die der Entscheidung dieses Kampfes in Berlin beiwohnten, werden weitere Hunderttausende im Laufe der nächsten Wochen mit der gespannten Aufmerksamkeit des Fachmanns alle Phasen des Wettkampfes Paolino—Breitensträter verfolgen, denn die Filmaufnahmen des Kampfes werden auch bis in die entferntesten Teile des Reiches ihren Weg finden. Angesichts des großen Interesses, das den Boxkämpfen jetzt von den weitesten Kreisen der Bevölkerung entgegengebracht wird, ist es wohl am Platze, bei dieser Gelegenheit etwas Grundsätzliches über den Boxsport zu sagen. In den sporttreibenden Kreisen ist man in den letzten Jahren auf das Boxen mehr aufmerksam geworden, als das bisher der Fall war, weil man erkannt hat, daß gerade der richtig betriebene Boxsport wie kaum eine andere Sportsart geeignet ist, die Muskulatur des ganzen Körpers durchzubilden und zu stählen.

Darüber hinaus behaupten die Anhänger des Boxsportes auch, daß das Boxen zugleich eine Art Geistestraining darstellt, denn beim Boxkampf ist das blitzschnelle Erfassen der jeweiligen Situation und die größte Entschlußfähigkeit ein Haupterfordernis zum Siege. Bloße Muskelberge tun es nicht, wenn der Boxer es nicht versteht, im Bruchteil einer Sekunde die Blöße seines Gegners auszunutzen und andererseits dessen Hiebe zu parieren. Es ist in diesem Zusammenhang gewiß nicht uninteressant, daß z. B. ein Hamburger Boxklub als beste Vorbereitung für den Boxkampf neben allen Arten der Leichtathletik (Laufen, Springen usw.) ganz besonders das — Schachspielen empfiehlt, weil dieses eine ganz ähnliche Entschluß- und Kombinationsfähigkeit erfordert wie das Boxen.

Über den Wert des Boxsports zur körperlichen Ertüchtigung sind sich alle Fachleute vollkommen einig. Ganz etwas anderes dagegen ist die rein geschäftsmäßige Zurschaustellung von Boxgrößen, die sich vor einem sensationslüsternen Publikum bis zur völligen Erschöpfung zu bearbeiten haben, weil sie dafür bezahlt werden, weil die Unternehmungen schwer verdienen wollen und weil das Publikum für die hohen Eintrittspreise womöglich Blut zu sehen hofft. Alles das hat mit Sport nur sehr wenig zu tun, denn der Sport ist dann nur das Aushängeschild. Das Publikum bei solchen Boxkämpfen besteht auch in der Hauptsache nicht aus ausübenden Sportsleuten, sondern aus jenen dekadenten Großstadtmenschen, denen jedes Mittel recht ist, von dem sie einen neuen Nervenkitzel erhoffen. Gerade der Sportsmann, der es ernst mit seinem Sport meint, wird sich mit dieser Art „Sport" in keiner Weise identifizieren wollen und einen dicken Trennungsstrich ziehen zwischen Sport als Körperpflege und Sport als geschäftliche Spekulation auf das Sensationsbedürfnis der Massen. O.

Welt und Wissen.

w. **Dozentur für Zeitungswissenschaft an der Universität Heidelberg.** Auf Veranlassung des Vereins Südwestdeutscher Zeitungsverleger sind Bestrebungen im Gange, in Erweiterung des früher von Professor Koch geleiteten Seminars für Zeitungswissenschaft an der Universität Heidelberg ein neues zeitungswissenschaftliches Institut zu gründen. Die Anregung steht jetzt vor dem Abschluß. Der ursprüngliche Plan wurde noch insofern erweitert, als unabhängig von dem Institut der Universität eine Dozentur für Zeitungskunde geschaffen werden soll.

w. **Gründung der „Deutschen Studiengesellschaft für Funkrecht".** Unter Führung des Deutschen Anwaltvereins, Leipzig, hat sich in Leipzig die „Deutsche Studiengesellschaft für Funkrecht" konstituiert. Die neue Gesellschaft, die ihren Sitz in Leipzig behält, will die Wissenschaft des Funkrechts fördern und an einer zweckmäßigen Gestaltung des deutschen und internationalen Funkrechts mitarbeiten. Die Ergebnisse der Arbeiten der Gesellschaft werden der Öffentlichkeit vorgelegt werden.

w. **Ein Opfer der Wissenschaft.** Der Röntgenforscher Blackall starb in London im Alter von 41 Jahren an einer Verbrennung, die er sich bei seinen Experimenten durch Röntgenstrahlen zugezogen hat. Er war 15 Jahre krank und ist in dieser Zeit zwanzigmal operiert worden.

Spiel und Sport.

Sp. **Sechs-Tage-Rennen in Leipzig.** Wie verlautet, plant ein Konsortium bekannter Radsportfachleute ein Sechs-Tage-Rennen in Leipzig. Die Vorbereitungen sind bereits soweit gediehen, daß als Anfangstag der erste Weihnachtsfeiertag dieses Jahres festgelegt ist. In Halle 9 des Ausstellungsgeländes wird mit dem Bau einer 200-Meter-Bahn in Kürze begonnen, so daß vorher noch einige Rennen stattfinden können.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. (Zunahme der Erwerbslosen.) In der Zeit vom 1. bis 15. November 1925 ist die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger in der Erwerbslosenfürsorge von 364 000 auf 471 000, d. h. um rund 29,5% gestiegen. Im einzelnen hat sich die Zahl der männlichen Hauptunterstützungsempfänger von 333 000 auf 430 000, die der weiblichen Hauptunterstützungsempfänger von 31 000 auf 41 000 erhöht.

Newyork. (Der Streik im amerikanischen Kohlenbergbau.) Die Verhandlungen im Streik im amerikanischen Kohlenbergbau riefen in den letzten Tagen vielfach starken Optimismus hervor. Man ist aber jetzt wieder geneigt, mit einer längeren Dauer des Streiks zu rechnen, da die Bergarbeiterorganisationen die ihnen überreichten Forderungen der Bergwerksbesitzer als unannehmbar abgewiesen haben.

Börse und Handel.

Amtliche Berliner Notierungen vom 2. Dezember.

* **Börsenbericht.** Es kam bei Börsenbeginn soviel Material heraus, daß dieses nur schwer Aufnahme fand, daher bröckelten die Kurse fast auf allen Marktplätzen ab, nur Schiffahrtswerte waren bemerkenswert fest. Die inländischen Anleihen waren bei stillem Geschäft überwiegend abgeschwächt. Am Geldmarkt war die Lage ziemlich unverändert, tägliches Geld 8—10%, monatliches Geld 10—11,50%.

* **Devisenbörse.** Dollar 4,19—4,21; engl. Pfund 20,31—20,36; holl. Gulden 168,66—169,08; Danz. 80,59 bis 80,79; franz. Frank 16,04—16,08; belg. 19,01—19,05; schweiz. 80,79—80,99; Italien 16,86—16,90; schwed. Krone 112,16—112,44; dän. 104,22—104,48; norweg. 85,19 bis 85,41; tschech. 12,42—12,46; österr. Schilling 59,19 bis 59,33; poln. Zloty 39,10—40,10.

* **Produktenbörse.** Die pessimistischen Berichte aus Argentiniens nördlichen Provinzen halten den ganzen Weizenweltmarkt fortdauernd in Atem, ohne daß man hier ein Urteil darüber gewinnen kann, inwieweit sie berechtigt sind oder nicht. Die starken Preissteigerungen sämtlicher Auslandsmärkte, ferner die dauernde Exportfrage gegenüber geringfügigem Angebot brachte auch hier Deckungs- und Kaufbegehr ins Übergewicht, so daß die Preise weiter scharf emporschnellten. Roggen war nicht viel zur Andienung angemeldet, es waren aber mehrfach Abgeber im Markt, so daß Dezember nur wenig im Preise anzog. Für Frühjahrslieferung war die Marktlage mit beeinflußt durch Weizen, mäßig fester. Inländisches Roggenangebot blieb knapp. Gerste lag fester, auch für Hafer ließen sich etwas höhere Preise durchsetzen. Mehl war infolge der Getreidehausse höher gehalten. Futterartikel ruhig.

Getreide und Ölsaaten per 1000 Kilogramm, sonst per 100 Kilogramm in Reichsmark.

	2. 12.	1. 12.		2. 12.	1. 12.
Weiz., märk.	251-254	247-250	Weizkl. f. Brl.	11,5-11,6	11,5-11,6
pommerscher	—	—	Rogkl. f. Brl.	9,8-9,9	9,8-9,9
Rogg., märk.	158-161	156-160	Raps	—	—
pommerscher	—	—	Leinsaat	—	—
westpreuß.	—	—	Viktor.-Erbs.	25-32	25-32
Braugerste	190-214	189-213	kl. Speiseerbs.	23-24	23-24
Futtergerste	145-168	153-166	Futtererbsen	19,5-20,5	19,5-20,5
Hafer, märk.	169-179	169-179	Peluschken	17-18	17-18
pommerscher			Ackerbohnen	20-21	20-21
weißpreuß.			Wicken	20-22	20-22
Weizenmehl			Lupin., blaue	11,7-12,2	11,7-12,2
p. 100 Kil. fr.			Lupin., gelbe	12-14,5	13-14
Bln. br. inkl.	—	—	Seradella	19-21	19-21
Sack (feinst.	—	—	Rapskuchen	15-15,4	15-15,4
Mrk. ü. Not.)	32,5-37,2	31,5-36,5	Leinkuchen	23,2-23,4	23,2-23,4
Roggenmehl			Trockenschtzl.	8,1-8,6	8-8,5
p. 100 Kil. fr.			Soya-Schrot	21,5-21,7	21,4-21,6
Bln. br. inkl.			Torfml. 30/70	7,8-8	7,8-8
inkl. Sack	23,7-25,7	23,2-25,2	Kartoffelfl.	15-15,5	15-15,5

* **Schlachtviehmarkt. Auftrieb:** Rinder 2165, darunter Bullen 572, Ochsen 369, Kühe und Färsen 1224, Kälber 2250, Schafe 4475, Schweine 9312, Ziegen 41, Schweine aus dem Ausland 1189. **Preise.** Für ein Pfund Lebendgewicht in Pfg.: Ochsen a) vollfleischige, ausgemästete 52—56, b) vollfleischige ausgemästete im Alter von 4—7 Jahren 45—48, c) junge fleischige, nicht ausgemästete 40—43, d) mäßig genährte jüngere und gut genährte ältere 33—37; Bullen a) 50 bis 52, b) 45—48, c) 40—43; Kühe und Färsen a) 50—54, b) 40—47, c) 30—38, d) 24—28, e) 20—22; Fresser 32—40; Kälber b) 85—93, c) 65—80, d) 50—60, e) 40—48; Stallmastschafe a) 48—52, b) 37—42, c) 29—33; Schweine b) 90, c) 86 bis 89, d) 82—85, e) 78—81; Säue 78—83; Ziegen 20—25. Marktverlauf: In allen Gattungen ruhig, ausgesuchte Lämmer über Notiz. Die notierten Preise verstehen sich einschließlich Fracht, Gewichtsverlust, Risiko, Marktspesen und zulässigem Händlergewinn.

Schaumpon mit dem schwarzen Kopf
unübertroffen für die Kopfwäsche
Verlangen Sie die neue Doppelpackung. Preis 35 Pf.

Vereins-Kalender

Stenographen-Verein „Stolze-Schrey". Jeden Mittwoch, abends von 8 Uhr ab: Uebungsabend in der Evang. Schule.

M.-G.-V. „Harmonie". Jeden Freitag von 8 Uhr ab Gesangstunde im „Goldenen Löwen".

Alldeutscher Verband. Freitag, den 4. Dezember, abds. 8 Uhr: Wichtige Besprechung im Hotel „Zur Linde".

Freiwill. Sanitätskolonne. Sonnabend, den 5. Dezember, abends 8 Uhr: Stiftungsfest im „Preuß. Hof".

Radfahrerklub „Silesia". Sonnabend abend 7,08 Uhr Abfahrt vom Schloßplatz zum Gaufest in Hirschberg. — Sonntag früh 9,14 Uhr Abfahrt zum Gautag. — Programme im Vorverkauf 1 Mk., an der Abendkasse 1,25 Mk.

Schützengilde. Im Monat Dezember Schießen beim Kameraden Maiwald „Viktoria").

Amtliche Bekanntmachungen.

1. **Die Steuerbücher für 1926** werden den Pflichtigen in diesen Tagen zugestellt. (Näheres s. am Anschlagbrett.)

Bad Warmbrunn, den 2. Dezember 1925.

Der Gemeindevorstand: J. V. Leipelt.

Die Auszahlung der Klein- und Sozialrentnerunterstützung erfolgt am **Freitag, den 4. Dezember d. J., vormittags von 8—10 Uhr.** Die Auszahlung findet nur an diesem Tage und nur in der festgesetzten Zeit statt.

Herischdorf, den 2. Dezember 1925.

Der Gemeindevorstand. J. V.: gez. Hainke, Schöffe.

Nach langen Leiden verschied unsere liebe Mutter

Anna Berger

im 68. Lebensjahre.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Bad Warmbrunn, den 2. Dezember 1925.

Die Beerdigung findet am Sonnabend, den 5. Dezember, nachmittags 2 Uhr von der Leichenhalle aus statt.

Die Freiw. Sanitätskolonne vom Roten Kreuz
Bad Warmbrunn-Herischdorf

erlaubt sich zu ihrem am Sonnabend, den 5. Dezember 1925, abends 8 Uhr im Saale des „Preuß. Hofes" stattfindenden

24. Stiftungs-Fest

alle Inaktiven, befreundete Vereine und Gönner ergebenst einzuladen.

Der Vorstand: J. A. Schmidt, Vorsitzender.

„Galerie" - Bad Warmbrunn

Sonnabend, den 5. Dezember:
Schweinschlachten
Sonntag, den 6. Dezember:
Wurst-Abendbrot
bei musikalischer Unterhaltung
Es ladet höflichst ein **Borek.**

Gut möbliertes **Zimmer** zu vermieten.
Näheres: Herm. Stehrstr. 5.

Strickwolle alle Qualitäten, billigste Preise
Werner, Warmbrunn

Umsonst!
erhält derjenige eine gutgehende **Taschenuhr** der 100 Karten verkauft und den Erlös von 8 Mk. einschickt. Damenuhr 1 Mk. mehr.
Versandgeschäft
Fr. Müller, Gelsenkirchen
Breddestraße 55.

Billigste Preise!
Reh-Keulen, Hasen-Keulen, Reh-Rücken, Hasen-Rücken, Reh-Blätter, Hasen-Läufe, Hasen gestreift
junge starke Rebhühner
junge fette Gänse, Enten, Tauben, Hühner, Wein, Aepfel, Nüsse, Mohn, Margarine, Landbutter, diverse Käse, frische Ananas, billige Bananen, Apfelsinen, Zitronen, nur bei
Willi Röhricht,
Größtes Wild- u. Geflügel-Geschäft am Platze.
Fernruf 205.

Hausfrauen!
kauft deutsche Nähmaschinen
Die Fabrikate
Pfaff und Veritas
besitzen Weltruf.
Günstige Zahlungsweise
Große Auswahl
Reparaturen an allen Fabrikaten
Vertreter Robert Ansorge,
Mechanikermeister
Herischdorf, Haltest. Scholzenberg

Hirschberg, Bahnhofstrasse 20.

Echten Lewioda-Magenbitter
empfiehlt
W. Junge,
Kolonialwaren- und Delikatessengeschäft.

Für Maler
geben wir
gr. Bogen Zeitungsmakulatur
billig ab.
Die Geschäftsstelle der „Warmbrunner Nachrichten"

Passendes Weihnachts-Geschenk!
Billig zu verkaufen:
1 Schützenbüchse
System „Aydt".
Auskunft erteilt die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Schafft Weihnachtsfreude!
den 175 kleinen und großen Verkrüppelten unseres Heims!
Gaben der Liebe: Bekleidungsstücke, Bücher, Spielsachen, Lebensmittel und Geld (Postscheckkonto Nr. 7548 Breslau) erbittet herzlichst
das Schlesische Krüppelheim zu Rothenburg in der Lausitz.

Wo bestelle ich mir billig steine junge fette Weihnachts gans?
nur bei
Willi Röhricht,
Größtes Wild- und Geflügel-Geschäft am Platze.
Fernruf 205.
NB.: **Bitte rechtzeitig Bestellung für Weihnachtskarpfen.**

Erkannt
haben alle meine Kunden die Güte und Preiswürdigkeit meiner Stoffe (herrliche Norwegertuche), Leinen, Gardinen, Wäsche, Trikotagen, Klubjacken, Strickwolle.
Ueberzeugen auch Sie sich!
Maria Peschmann, Restehandlung
Bad Warmbrunn, Schloßplatz.